

produktion, Chemie und Pharmazie, Maschinenbau, Transportwesen, Bergbau, Lebensmittelverarbeitung, Automobilproduktion und Konsumgüterindustrie. Beide Seiten diskutieren auch die Einrichtung einer Regierungskommission zur Förderung des wirtschaftlichen und industriellen Austausches. (Das Handelsvolumen zwischen Spanien und China betrug i.J. 1983 etwa 200 Mio.US\$ (XNA, 16.11.84). Li gab auch seiner Hoffnung Ausdruck, daß Spanien (und Portugal) bald in die EG aufgenommen werde. China hoffe "seit jeher auf ein vereintes und starkes Europa, das sich dem Weltfrieden verschreibt."

In Portugal wies Li auf die "traditionellen und harmonischen Beziehungen" zwischen beiden Ländern hin, die auch höchst langfristig, nämlich über 500 Jahre alt, sind. Hiermit war das Macau-Problem angesprochen. Die Macau-Frage sei ein von der Geschichte hinterlassenes, noch ungelöstes Problem. Macau gehöre seit alters her zu China - und dies sei von der portugiesischen Regierung auch anerkannt worden, als beide Länder 1979 diplomatische Beziehungen aufnahmen. Portugal war nach seiner "Revolution" i.J. 1974 bereit, Macau, ebenso wie Timor, so schnell wie möglich abzustößen, war aber ausgerechnet von der chinesischen Regierung an diesem Vorhaben gehindert worden. Noch heute fungiert ein portugiesischer Gouverneur in Macau. Da allerdings Portugal weniger hartnäckig als die Briten in Hongkong auf das Fortbestehen ihrer Position pochen, bedarf es auch keiner so langwierigen Verhandlungen wie zwischen Beijing und London. Möglicherweise wird hier eines Tages ein ähnlicher Vertrag unterzeichnet wie das Hongkong-Abkommen.

Li betonte, daß es zwischen beiden Staaten keinen "Konflikt über fundamentale Interessen" gebe (XNA, 14.11.84).

Was die Gibraltar-Frage anbelangt, so betonte der den Staatspräsidenten begleitende Außenminister Wu Xueqian mit Genugtuung, daß Spanien und Großbritannien am 27. November Gespräche über die Zukunft von Gibraltar eröffnen wollten. Beide Staaten sollten sich bemühen, diese Frage auf friedlichem Weg zu lösen (XNA, 15.11.84). Am 15. Februar 1985 würden dankenswerterweise auch die Grenzen für beide Seiten wieder geöffnet: Reisende, Busse und Güter der beiden Staaten hätten dann freien Durchgang und beide Regierungen würden ein Gesetz erlassen, das Spanien und Gibraltar-Bewohnern auf beiden Seiten der Grenze gleiche Rechte gewähre. Das Hauptproblem bei den Verhandlungen habe stets darin be-

standen, daß sich die britische Seite gewiegert habe, die Frage der Souveränität anzuschneiden. Sie habe darauf bestanden, daß die Frage der Zugehörigkeit bereits in einem Referendum vom Januar 1967 entschieden worden sei. Die spanische Regierung aber habe stets auf der Rückgewinnung der Souveränität über Gibraltar bestanden. Im Mai 1969 hatte die britische Regierung eine neue Verfassung verkündigt, in der festgelegt wurde, daß Gibraltar ein Teil Großbritanniens sei. Daraufhin schloß die spanische Regierung im Juni 1969 die Grenze. Die britische Aktion wurde u.a. von der UNO verurteilt und London aufgefordert, mit Spanien in Verhandlungen zu treten.

Aus der Sicht Chinas ist das i.J. 1704 von Großbritannien eroberte Gibraltar die einzige noch verbliebene Kolonie in Europa. China schließt sich der UNO-Forderung an, daß an dieser strategisch so wichtigen Stelle eine "Entkolonialisierung" stattfinden müsse.

Einer der roten Fäden, die sich durch den Südeuropa-Besuch Li Xiannians zogen, war die strategische Position der drei besuchten Länder (XNA, 10.11.84). Dies wurde nicht zuletzt auch beim Besuch in Malta deutlich. Malta verteidige intensiv die Sicherheit im Mittelmeergebiet, hieß es: Das Mittelmeer verbindet Europa, Asien und Afrika sowie den Atlantik mit dem Indik. Kein Wunder, daß es in diesem Raum zu einer heftigen Rivalität der Supermächte gekommen sei. Gerade Malta, das im Zentrum des Mittelmeers liegt und eine wichtige Stellung zwischen dem Ost- und dem Westteil dieses Meeres hält, war lange Zeit ein Objekt der Rivalitäten der Großmächte. Großbritannien benutzte die Kronkolonie als Militärbasis - bis das Land 1964 unabhängig wurde. 1971 erklärte die maltesische Regierung, sie werde auf der Grundlage der Prinzipien der Blockfreiheit eine neutrale Position verfolgen. Zur Rivalität zwischen den USA und der Sowjetunion vertritt Malta - unter dem Beifall Chinas - die Ansicht, das Mittelmeer gehöre allen Anrainern. Die Staaten im dortigen Bereich sollten miteinander in einen Dialog eintreten, ihre Einheit verstärken und gemeinsam gegen die fremde Einmischung kämpfen. Malta fordert die beiden Supermächte auf, ihre militärische Präsenz im Mittelmeerraum zu reduzieren und ihre Kriegsschiffe abzuziehen. Ferner sei ein regionales Sicherheitssystem zu errichten, mit dessen Hilfe die militärischen Kräfte der Supermächte vom Mittelmeer abgehalten werden könnten. Es sei den Bemühungen Malts zu verdanken gewesen, wie Li Xiannian hervorhob, daß bei der

Gipfelkonferenz der Blockfreien in Neu-Delhi im März 1983 die Frage der Sicherheit des Mittelmeers zu einem der Hauptdiskussionsthemen wurde. Im Juli 1983 habe es Malta abgelehnt, das Schlußdokument der Europäischen Sicherheitskonferenz in Madrid mitzuunterzeichnen, weil seine Forderung, eine internationale Konferenz über die Sicherheit im Mittelmeerraum einzuberufen, nicht in dieses Dokument aufgenommen worden war. Malta bemühe sich dankenswerterweise auch darum, das Mittelmeer in eine Friedenszone zu verwandeln.

Obwohl Malta nur ein kleines Land mit einer Fläche von ca. 300 qkm und einer Bevölkerungszahl von nur 320.000 Menschen umfaßt, gehört es seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen im Januar 1972 mit zu den wichtigsten Adressaten chinesischer Europapolitik. China denkt hier, wie gesagt, in strategischen Kategorien. Zuletzt hatte der maltesische Außenminister die VR China im Juni 1984 besucht (XNA, 30.6.84). Auch der frühere maltesische Ministerpräsident Dom Mintoff war häufiger Gast in Beijing. Malta gilt in China heute als "Insel des Friedens" (XNA, 20.11.84).

Ein anderer wichtiger Mittelmeerstaat ist Zypern, dessen Präsident Kyprianou vom 26. bis 29. Juni 1984 China besuchte. Zypern gehört ebenfalls zu den Blockfreien, ist einer der "heißesten Punkte" in Europa und wird von China neuerdings genauso umworben wie Malta. Am 29. Juni 1984 wurde zwischen beiden Regierungen ein Abkommen über wirtschaftliche, wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit sowie ein Ausführungsprogramm für den Kulturaustausch für den Zeitraum 1984/85 unterzeichnet (XNA, 29.6.84). -we-

INNENPOLITIK

*

*

* * * * *

*(6)

8. Sitzung des Ständigen Ausschusses des VI. NVK

Der Ständige Ausschuß des VI. Nationalen Volkskongresses trat vom 6. bis 14. November 1984 in Beijing zu seiner 8. Sitzung zusammen. Im Mittelpunkt der Beratungen stand die "Gemeinsame Erklärung der Regierung der Volksrepublik China und der Regierung des Vereinigten Königreiches Großbritannien und Nordirland über die Hongkong-Frage". Hierzu erstattete Außenminister Wu Xueqian am 6. November 1984 ausführlich Bericht (siehe RMRB, 7.11.8). Insgesamt faßte das ständige Parlamentsorgan der Volksrepublik China folgende Be-

schlüsse:

1. Beschluß über die "Gemeinsame Erklärung ... zur Hongkong-Frage". Der Ständige NVK-Ausschuß billigte das Ergebnis der chinesisch-britischen Verhandlungen über die Hongkong-Frage und beschloß die Weiterleitung der "Gemeinsamen Erklärung" an die 3. Tagung des VI. NVK zur Ratifizierung nach der offiziellen Unterzeichnung durch beide Seiten (RMRB, 15.11.84).
2. Beschluß über die Errichtung von Seegerichtshöfen in den Küsten- und Hafenstädten (RMRB, 15.11.84; siehe auch RMRB, 11.11.84).
3. Beschluß über den Beitritt zur Pariser Konvention zum Schutz des industriellen Eigentums von 1967 (RMRB, 15.11.84; siehe auch RMRB, 11.11.84).
4. Überweisung des Entwurfs eines Gesetzes über Weideland an die Gesetzeskommission des Ständigen NVK-Ausschusses zur weiteren Überarbeitung (siehe RMRB, 11.11.84).
5. Personelle Veränderungen (hierzu liegen keine Informationen vor). -sch-

* (7)

Vier neue Vizeminister ernannt

Der Staatsrat (Zentralregierung) ernannte Ende Oktober/Anfang November 1984 folgende vier neue Vizeminister:

- Bao Keming, Vizeminister für Raumfahrtindustrie,
- Song Zhiyuan, Vizeminister für Post- und Telegraphenwesen,
- Wu Jichuan, Vizeminister für Post- und Telegraphenwesen, und
- Yuan Weimin, stellvertretender Vorsitzender der Zentralen Kommission für Sport und Körperkultur (RMRB, 25.11.84). -sch-

* (8)

Politbüromitglied Ni Zhifu zum 1. Parteisekretär von Tianjin ernannt

Auf Beschluß der Parteizentrale wurde der bisherige 1. Parteisekretär der provinzfürstlichen Stadt Tianjin, Chen Weida, im Oktober 1984 von diesem Amt entbunden und durch Politbüromitglied Ni Zhifu ersetzt. Chen Weida wurde stattdessen in die Parteizentrale berufen, wo er den Posten eines stellvertretenden Sekretärs des ZK-Ausschusses für Politik und Recht erhielt (RMRB, 2.11.84). 1. Sekretär des auch für die innere Sicherheit

zuständigen ZK-Ausschusses für Politik und Recht ist ZK-Sekretär Chen Pixian.

Mit der Entsendung des 52jährigen Politbüromitglieds Ni Zhifu von der Parteizentrale nach Tianjin dürfte dieser wahrscheinlich seinen Posten als Vorsitzender des Nationalen Gewerkschaftsverbands verloren haben. Sollte dies zutreffen, könnte sich die Berufung Ni Zhifus in Tianjin als politischer Abstieg erweisen, zumal Ni Zhifu nun auch nicht mehr am Sitz des Zentralkomitees tätig ist. Von den 27 Politbüromitgliedern sind nur zwei mit regionalen Aufgaben betraut und ständig außerhalb von Beijing tätig: Der Kommandeur der Militärregion Shenyang, Li Desheng, und - seit Ende Oktober - Ni Zhifu als 1. Parteisekretär von Tianjin. Andererseits ist die Industrie- und Hafenstadt Tianjin für das ehrgeizige Wirtschaftsentwicklungsprogramm der Reformkräfte von großer Bedeutung, und Ni Zhifu hat seinen dortigen Posten mit der Erklärung angetreten, die Verwirklichung der jüngst beschlossenen industriellen Wirtschaftsreform beschleunigen zu wollen. So könnte der neue Posten für Ni Zhifu, der in der Kulturrevolution politische Karriere machte, auch eine Art politischer Bewährungsprobe darstellen. -sch-

* (9)

Beginn umfassender Säuberungen und der Neuregistrierung der KPCh-Mitglieder

Die ZK-Kommission zur Leitung der Ausrichtung der Partei hat mit ihrem Rundschreiben Nr. 10 vom 22. November 1984 die entscheidende Phase der politischen Ausrichtungsbewegung der Kommunistischen Partei Chinas eingeleitet: Die umfassende Säuberung der Partei von politischen Gegnern des nach-maoistischen Kurses (offizieller Terminus: "Organisatorische Maßnahmen") und die Neuregistrierung aller Parteimitglieder. Zunächst wurden jene Parteiorganisationen, die vor einem Jahr mit der politischen Ausrichtung begonnen hatten, angewiesen, mit den personellen Säuberungsmaßnahmen (Ausschluß oder Neuregistrierung der Parteimitglieder) zu beginnen. Dabei handelt es sich im wesentlichen um die Parteiorganisationen auf der zentralen Ebene sowie in den Provinzen, Autonomen Gebieten und provinzfürstlichen Städten. (RMRB, 24.11.84)

Die Parteiorganisation der unteren Ebenen sollen mit unterschiedlicher zeitlicher Verzögerung dem Beispiel der übergeordneten Parteiorgane folgen. Mit der Fortsetzung der politischen Ausrichtung der KP Chinas auf den unteren

Ebenen befaßte sich das ZK-Sekretariat unter der Führung von ZK-Generalsekretär Hu Yaobang auf einer Sitzung am 15. November 1984 (siehe RMRB, 27.11.84).

Folgende Kategorien von Parteimitgliedern sollen im Rahmen der Ausrichtungsbewegung bis Ende 1986 aus der KP Chinas ausgeschlossen werden:

- besserungsunwillige kulturrevolutionäre Aktivisten und Karrieristen (offiziell werden diese noch einmal in "drei Arten von Leuten" unterteilt),
- andere entschiedene Gegner des gegenwärtig gültigen politischen Kurses der Parteizentrale und
- Parteimitglieder, die schwere Straftaten (auch politischer Art wie während der Kulturrevolution) oder schwere Wirtschaftsverbrechen begangen haben und/oder die in schwerwiegendem Maße gegen die Parteistatuten verstoßen haben.

Während der seit Ende 1983 laufenden politischen Ausrichtung der KP Chinas waren die Parteimitglieder zunächst aufgefordert worden, die Kerndokumente des nach-maoistischen Kurses zu "studieren" und ihr Denken und Handeln in Vergangenheit und Gegenwart damit "zu vergleichen" und "zu überprüfen". Diese erste Phase der Studien und der Untersuchungen sollte politische Abweichler und solche Parteimitglieder entlarven, die im Zeitraum zwischen 1966 und heute gegen die Gesetze und/oder die Parteistatuten verstoßen hatten. In der zweiten Phase der "Korrektur" sollten und sollen die eines Vergehens überführten Parteimitglieder Selbstkritik üben und sich zum neuen Kurs bekennen. Besserungsunwillige politische Oppositionelle - fast ausschließlich radikale Maoisten - und Parteimitglieder, die schwere Straftaten (Mord, Mißhandlung etc.) begangen hatten, wurden und werden bereits in dieser zweiten Phase aus der Partei ausgeschlossen und zum Teil vor Gericht gestellt (siehe C.a., Juli 1984, Ü 14). In der nun angelaufenen dritten Phase der "organisatorischen Maßnahmen" und "Registrierung der Parteimitglieder" sollen systematisch alle Gegner des nach-maoistischen Kurses der KPCh aus der Partei ausgeschlossen werden. Dazu zählen auch korrupte Parteifunktionäre mit einem "schlechten Arbeitsstil". -sch-

* (10)

Dalai Lama darf sich nicht in Tibet niederlassen

Der Direktor der ZK-Einheitsfrontabteilung, Yang Jingren, hat in

einem Gespräch mit einer dreiköpfigen Delegation des Dalai Lama am 27. November 1984 bestätigt, daß sich der Dalai Lama im Falle seiner "Rückkehr" nicht in Tibet niederlassen darf (RMRB, 28.11.84; siehe auch C.a., September 1984, Ü 14).

Yang Jingren zitierte die chinesische Fünf-Punkte-Politik gegenüber dem Dalai Lama, die ZK-Generalsekretär Hu Yaobang 1980 bei einem Zusammentreffen mit dem Bruder des Dalai Lama vorgetragen hatte. Von zentraler Bedeutung ist dabei Punkt 4. Darin heißt es, daß der Dalai Lama im Falle seiner "Rückkehr" die gleiche politische Behandlung wie vor 1959 erfahren werde. Der Dalai Lama werde auch die gleichen Lebensbedingungen wie vor 1959 vorfinden. Er könne damit rechnen, zu einem der stellvertretenden Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses und zu einem der stellvertretenden Vorsitzenden der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes gewählt zu werden. Die Aussage zu Beginn von Punkt 4 bezüglich der gleichen politischen Behandlung wie vor 1959 steht ganz offensichtlich im Widerspruch zu der Passage im zweiten Teil von Punkt 4, in der es heißt, daß sich der Dalai Lama im Falle seiner Rückkehr nicht in Tibet niederlassen dürfe. Auch dürfe er kein Amt in Tibet ausüben. Begründung: In Tibet seien heute bereits junge Leute an der Macht, die ihre Arbeit sehr gut verrichten würden! Angesichts des im Vergleich zu chinesischen Spitzenpolitikern jugendlichen Alters des Dalai Lama (50) erscheint diese Begründung nicht gerade feinsinnig. Der gegenwärtige 1. Parteisekretär von Tibet, Yin Fatang, ist immerhin bereits 63 Jahre alt. -sch-

* (11)

Kürzere Mittagspause für Beijinger Beamte

Das Büro des Staatsrats hat in einem Rundschreiben vom 21. November 1984 bekanntgegeben, daß die Mittagspause für die Mitarbeiter der Staatsorgane in Beijing ab 1. Januar 1985 das ganze Jahr hindurch nur noch eine Stunde betragen wird. Bisher hatte die Mittagspause für die Funktionäre in den Beijinger Regierungsstellen im Sommer zwei Stunden und im Winter eineinhalb Stunden betragen. Mit der jetzt verordneten Kürzung der Mittagspause soll jedoch auch der Feierabend entsprechend vorverlegt werden. Die neue Regelung wurde mit der Notwendigkeit der Steigerung der Arbeitsleistung der Staatsorgane begründet. Auch für die Beamten selbst sieht das Büro des Staatsrats nur Vorteile der

neuen Regelung - durch den früheren Feierabend hätten die Staatsbediensteten nach der Arbeit nun mehr Zeit für Weiterbildung, Hausarbeit und gesellschaftliche Aktivitäten. (RMRB, 27.11.84) -sch-

* (12)

VBA soll mehr zur volkswirtschaftlichen Entwicklung beitragen

Auf einer Sitzung der ZK-Militärkommission hat der Kommissionsvorsitzende Deng Xiaoping in einer Rede am 1. November 1984 die Chinesische Volksbefreiungsarmee (VBA) aufgefordert, ihre Arbeit mehr in den Dienst des Aufbaus des Landes zu stellen und stärker zur volkswirtschaftlichen Entwicklung beizutragen. Dabei erwähnte Deng die Luftwaffe, die Marine und die Verteidigungsindustrie. So sollten die Luftwaffe und Marine eine Reihe von bisher nur militärisch genutzten Einrichtungen und technischen Hilfsmitteln auch zur zivilen Nutzung bereitstellen. Die Verteidigungsindustrie müsse, so Deng, ihre Produktion für den zivilen Bereich ausweiten. (RMRB, 2.11.84; siehe auch den Kommentar der RMRB vom 4.11.84)

Die Sitzung der ZK-Militärkommission fand vom 25. Oktober bis 2. November 1984 statt. Auf der Tagesordnung standen die Reform der VBA, die zweite Phase der politischen Ausrichtung der KPCh innerhalb der Armee und die Ausweitung der Produktion für den zivilen Bereich durch die VBA. (RMRB, 3.11.84; siehe auch RMRB, 4.11.84) -sch-

* (13)

Amt für nukleare Sicherheit gegründet

Das Zentrale Amt für nukleare Sicherheit der Volksrepublik China (guojia he anquan ju) ist am 30. Oktober 1984 offiziell gegründet worden. Die nukleare Sicherheitsbehörde ist ein direkt dem Staatsrat unterstehendes Regierungsorgan. Zum Direktor des Amtes wurde der bekannte Spezialist für Kerntechnik Jiang Shengjie berufen. Jiang ist gleichzeitig Präsident der Chinesischen Gesellschaft für Nuklearforschung und Vorsitzender des Ausschusses für Wissenschaft und Technik beim Ministerium für Nuklearindustrie. Dem Zentralen Amt für nukleare Sicherheit wurden u.a. folgende Aufgaben zugewiesen:

- Entwurf eines Gesetzes über Kernenergie;
- Entwurf von Vorschriften, Richtlinien und Kriterien für die Sicherheit zivil genutzter Nukleareinrichtungen;
- Einführung eines strengen und effektiven Verfahrens zur Über-

- prüfung der Sicherheit und zur Genehmigung von Kernanlagen zu zivilen Zwecken;
- Überprüfung der Sicherheit und Erteilung von Bau- und Betriebsgenehmigungen von selbstgebauten und importierten Kernanlagen zu zivilen Zwecken;
- Prüfung und Überwachung der Sicherheitsarbeit in zivil genutzten Kernanlagen, für die bereits Bau- und Betriebsgenehmigungen vorliegen;
- Organisierung der Ausbildung des Wartungspersonals von zivil genutzten Nukleareinrichtungen;
- Organisierung der wissenschaftlichen Forschung über die Sicherheit und den Betrieb von zivil genutzten Kernanlagen;
- Förderung des internationalen Austausches und der Zusammenarbeit mit anderen Staaten auf dem Gebiet der nuklearen Sicherheit. (RMRB, 10.11.84) -sch-

KULTUR

*

*

* * * * *

* (14)

35 Jahre Akademie der Wissenschaften

Am 1. November 1984 feierte die Chinesische Akademie der Wissenschaften ihr 35jähriges Bestehen. Aus diesem Anlaß wurde in der Großen Halle des Volkes ein Empfang gegeben, zu dem über 500 Wissenschaftler sowie zahlreiche Vertreter aus Partei und Regierung erschienen waren, darunter Fang Yi, Hu Qiaomu, Hu Qili, Zhang Jingfu u.a. (RMRB, 2.11.84). Wie es in einer Xinhua-Meldung (engl., 2.11.84) heißt, besteht die Akademie gegenwärtig aus 119 Forschungsinstituten mit insgesamt 44.000 Wissenschaftlern, während sie bei ihrer Gründung nur 20 Institute mit 300 Wissenschaftlern umfaßte. Sowohl Fang Yi als auch Hu Qiaomu wiesen in ihren Festreden auf die bisherigen Erfolge der Akademie hin und betonten zugleich, daß im Zuge der auf dem 3. Plenum des XII. ZK beschlossenen Reformen des Wirtschaftssystems auch die Akademie dabei sei, umfangreiche Reformen durchzuführen, um noch besser der Volkswirtschaft und Landesverteidigung dienen zu können. Yan Dongsheng, Vizepräsident der Akademie, nannte als die zentralen Punkte der Reform 1. die Vereinfachung der Verwaltung und die Eigenverantwortlichkeit der Institute sowie 2. die Steigerung der Einsatzfreudigkeit der Angestellten und Arbeiter, insbesondere der Wissenschaftler und Techniker. Der Akademie sei sehr an der Zusammenarbeit mit örtlichen Stellen, Betrieben, Industrieabteilungen und Hochschulen gelegen. Die Forschungsprojekte sollten einer-